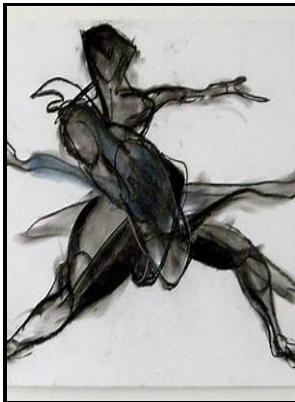


Vertrauenschutz im Beamtenversorgungsrecht

Nomos - 2018: Versorgung der Beamten



Description: -

- Good faith (Law) -- Germany.
Civil service -- Germany -- Pensions. Vertrauenschutz im Beamtenversorgungsrecht

- Collection Fondation Charles-de-Gaulle
Bd. 66
Nomos Universitätsschriften. Vertrauenschutz im Beamtenversorgungsrecht
Notes: Includes bibliographical references (p. 197-203).
This edition was published in 1991



Filesize: 33.65 MB

Tags: #BAG, #Urteil #vom #19. #12. #2000

Vertrauenschutz

Dezember 2001: 1 Das Ruhegehalt beträgt für jedes Jahr ruhegehaltsfähiger Dienstzeit 1,79375 vom Hundert der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge § 5 , insgesamt jedoch höchstens 71,75 vom Hundert.

Urteile zu § 12 BeamtVG

Folglich definiere sich der Personenkreis, der durch das AVmEG und das AVmG ab dem Veranlagungszeitraum 2002 wirtschaftlich von der Absenkung des Rentenniveaus betroffen sei, aus der Gesamtheit der Versicherten bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Einkommensanrechnung sei jedenfalls durch Freibetrag, Pauschalabzug und Anrechnungsquote schonend ausgestaltet. Der Versorgungsabschlag vermindert prozentual das Ruhegehalt und nicht den Ruhegehaltssatz.

Rückwirkende Neuregelung der vorübergehenden Erhöhung des versorgungsrechtlichen Ruhegehaltssatzes; Vertrauenschutz gegenüber einer rückwirkenden Änderung der Rechtslage bei noch nicht gefestigter höchstrichterlicher Rechtsprechung; Verfassungsmäßigkeit von Art. 17 Abs. 1 DNeuG; Verstoß gegen das verfassungsrechtliche Vertrauenschutzgebot

Der Betroffene soll in seinem Vertrauen darauf geschützt sein, dass der Gesetzgeber nicht nachträglich eine Regelung trifft, auf die er nicht mehr durch eine Verhaltensänderung reagieren kann. Die arbeitsvertragliche Übernahme dieser Bestimmungen führt nicht zu einer zusätzlichen Kontrolle der Neuregelung nach § BGB.

Bundesverfassungsgericht

Von den sozialversicherungsrechtlichen Pflichten des Arbeitgebers sind jedoch die arbeitsrechtlichen zu unterscheiden. Für Beschäftigte bei Arbeitgebern, die der Aufsicht des Bundes unterstehen, ist dies der zuständige Bundesminister, im übrigen ist dies die oberste Verwaltungsbehörde des Landes, in dem der Arbeitgeber seinen Sitz hat. Für diese Gleichbehandlung fehlt es nicht an einem rechtmäßigen normativen Bezugssystem.

Neues Niedersächsisches Beamtenversorgungsgesetz in Kraft getreten

Dem Umstand, daß diese teilweise Zusatzcharakter habe, sei durch einen besonders hohen Pauschalabschlag Rechnung getragen worden. Danach

findet der Versorgungslasten-Staatsvertrag auch bei Dienstherrenwechseln innerhalb Niedersachsens Anwendung.

Vertrauenschutz

Juni 1971 gewährten Leistungen auf die Betriebsrente der Klägerin und ihres verstorbenen Ehemannes anrechnen. Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezüge unter vorübergehender Erhöhung des Ruhegehaltssatzes gemäß § Abs. Allerdings ist das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit.

BAG, Urteil vom 19. 12. 2000

Die in den Ländern beschlossenen Regelungen sind äußerst unterschiedlich ausgestaltet.

Rechtsprechung

Juni 2005 vorgenommene Auslegung des § Abs. Im Jahr 2005 wird die Ehe geschieden.

Related Books

- [Hydraulics in the coastal zone - proceedings, 25th annual Hydraulics Division specialty conference,](#)
- [Headlong Hall. - Nightmare Abbey. Introd. by P.M. Yarker.](#)
- [Trees, shrubs and flowers of the Redwood region](#)
- [Nonlinear magnetic islands in a rotating toroidal plasma](#)
- [Moral & spiritual training.](#)